

Deutscher Verkehrs-Bund

Zentralorgan für die Interessen

der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Erscheinung wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnnummer — 30 Reichsmark

Redaktion u. Exped. Berlin SO10 Michaelischpl. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 10670. / Redaktionschluss 8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 15

Berlin, den 10. April 1926

4. Jahrgang

Die Wirtschaft

Soll rationell arbeiten. Sich dagegen stemmen hieße den Maschinenrührern Weisfall klatschen, hieße den Irrtum unserer Leidensgenossen aus der Zeit vor 100 bis 150 Jahren überbieten. Was uns durch die Unerfahrenheit der Maschinenrührer, durch ihre Unwissenheit über den Kapitalismus und die Technik erklärlich ist, wird 1926 zum verbrecherischen Wahnsinn. Es ist aber notwendig, dafür zu sorgen, daß die Rationalisierung kein bloßes Schlagwort wird, daß nicht Rationalisierung mit kapitalistischem Privatinteresse gleichgesetzt wird, wie es mit dem Begriff Wirtschaft heute schon vielfach von interessierter Seite geschieht. Es ist ein raffiniertes Fälschertumsküßchen, wenn in den Geschäftsberichten der Unternehmungen geklagt wird, die Gewerkschaften sabotierten die Rationalisierung der Wirtschaft, weil sie sich gegen Arbeitszeitverlängerung und Abbau der Löhne wehren.

Arbeitszeitverlängerung und Abbau der Löhne sind keine Rationalisierung, sondern das Gegenteil.

Arbeitszeitverlängerung schwächt die Arbeitskraft, heißt mit dem wichtigsten Wirtschaftsmittel unrationell arbeiten. Niedrige Löhne schwächen die Kaufkraft, heißt die ganze Rationalisierung zu einem Irrsinn machen. Wenn die gesteigerte Produktion keinen Absatz findet, dann ist nicht nur die rationelle, sondern jede Produktion überflüssig.

Rationalisierung der Wirtschaft bedeutet, mit demselben Kräfteaufwand ohne Kostensteigerung mehr zu produzieren. Dieses Mehr muß aber auch gekauft werden, sonst hat die Umstellung jeden volkswirtschaftlichen Sinn und Zweck verloren. Man kann aber auch dieselben Kräfte unter Ausschaltung der lebendigen Arbeitskraft, durch neue Arbeitstechnik aufwenden. Das wird sich durch größere Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Die volkswirtschaftliche Gegenwirkung müßte in der Herabsetzung der Arbeitszeit bestehen. Wer sich dagegen sträubt, ist ein Arbeitermörder, denn er verzerrt die durch die Rationalisierung erwerbslos gewordenen Arbeiter zum Hungertode.

Die Rationalisierung soll durch billigere Produktion den Innen- und Außenmarkt erobern, die Nachfrage steigern und die Erwerbslosen langsam aber sicher wieder in die Arbeit bringen. Billiger wird die Produktion durch Ausnutzung technischer Möglichkeiten auf jeden Fall. Sie kann sogar billiger werden, wenn die Löhne steigen — wie wir schon andeuteten, ist diese Steigerung sogar notwendig — Die Unrentabilität vieler Betriebe aus der „hohen“ Löhne zurückzuführen, legt selbst bei den Kleinrentablesten mehr Rationalität voraus, als die Politik erlaubt, und die ist in solchen Dingen von unübertrefflicher Wichtigkeit. In Wirklichkeit zeigen die Geschäftsabstufungen deutlich, daß die Klagen über mangelnde Existenzfähigkeit zweifelhafte sind. Ergiebig wäre eine Untersuchung über die Existenzberechtigung. Von rund 700 Gesellschaften haben 374 eine Durchschnittsrendite von rund 7,5 Prozent erzielt, 98 Gesellschaften schütteten 10 Prozent und mehr aus. Bei vielen anderen Gesellschaften war die Absicht, dividendlos zu bleiben. So offensichtlich, daß ihre Klagen über die „wirtschaftsfeindlichen Gesellschaften“ keinen Eindruck machen.

Im Vorwärts wird kürzlich in einem drastischen Beispiel geschildert, wie die Unternehmer in brutaler Rücksichtslosigkeit den Nutzen der Rationalisierung für sich annehmen, anstatt den Preis zu drücken und die niedrigen Löhne zu erhöhen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Siemens-Schuckert stellen im modernen Arbeitsgang Staubsauger her. „Das Rohmaterial eines elektrischen Staubsaugers kostet nicht mehr als etwa 7 bis 8 Mark, die Herstellungskosten (Löhne) erheben diese Summe auf etwa 16 bis 18 Mk. Dazu kommt dann der Zuschlag für die allgemeinen Unkosten. Die Höhe der allgemeinen Unkosten bestimmen die industriellen Großunternehmen nach einem Schlüssel, auf den sie sich untereinander geeinigt haben. In Berlin bestimmt der Verband der Berliner Metallindustriellen die Unkostenquote. Sie liegt heute so, daß der Staubsauger die Fabriken zu einem Preis verläßt, der um etwa fünfzig Mark herum liegt! Die beiden Großfirmen der Elektroindustrie verkaufen ihren Staubsauger zuerst an eine Tochtergesellschaft. Die Tochtergesellschaft verkauft den Staubsauger an die Vertriebsabteilungen jener Großfirmen. Was dem Staubsaugpreis von 50 Mark ist so ein Preis von siebenzig Mark geworden (ohne daß der Sauger de facto in anderen Besitz kam. Red. V.B.). Die Vertriebsabteilungen verkaufen den Staubsauger mit einem zwischengeschalteten Gewinn von 10 bis 20 Mark an den Großhändler und Einzelhandel. Der Einzelhandel schlägt seinerseits wieder 50 Prozent des Preises auf. So kommt der Staubsauger im Ladengeschäft und im Warenhaus heute auf 120 bis 135 Mk.“ Billiger darf er nicht verkauft werden. Aus diesem Beispiel zieht Kurt Heintz den Schluß:

„1. Unsere Industrie ist gar nicht so technisch rückständig, wie sie gern tut. 2. Der Arbeitslohn ist bei weitem nicht der ausschlaggebende Anteil im Preise des Industrieerzeugnisses. 3. Die Industrie verdient ebenso wie der Zwischenhandel gegenüber dem Konsumenten, denn dieser ist unorganisiert und kann sich nicht wehren. 4. Solange solcher Preiswucher wie der beim Staubsauger in Deutschland möglich bleibt, wird die Wirtschaft nicht gesunden. 5. Sobald der Staubsauger im Preise sinkt, werden wir bessere Konjunktur haben, denn Preisherabsetzung fördert die Kaufkraft der Konsumenten und damit die Konjunktur. — Und was für den Staubsauger gilt, das gilt auch für Kohle und Eisen, für alle Produkte.“

Was die AEG und Siemens-Schuckert betreiben, ist keine Rationalisierung. Ihre „rationelle“, d. h. „vernünftige“ Wirtschaftsweise fesselt die Wirtschaft, legt ihr Hindernisse in den Weg, während die Rationalisierung die Hindernisse, die sich der Wirtschaftsentwicklung durch zu hohe Preise bei zu geringer Kaufkraft der breiten Masse entgegenstellen, beseitigen will. Die Industriellen der neuen Produktionsmethode ist bei den beiden Großfirmen ein rein privatkapitalistischer Akt zu rein privatkapitalistischen Profitzwecken. Das Verbot an den Einzelhandel, den Staubsauger billiger als vorgelesen zu verkaufen, ist in gleichem Maße wirtschaftsfeindlich. Es verhindert die Ausschaltung des parasitären Zwischenhandels. Der Zusammenbruch, „das große Sterben“, wie ein Bankier in der „Köln. Ztg.“ schrieb, ist nicht künstlich herbeigeführt worden, sondern durch die vorübergehende (? Koh. V.B.) falsche Geschäftsführung der Unternehmungen. Die Vorstellungen, die sich viele Unternehmungen von der Rationalisierung machen, ist nur geeignet, dies „Sterben“ zu fördern. — Man sollte es aber nicht Rationalisierung, sondern lieber Selbstmord nennen.

Unter der selbstmörderischen Wirtschaftspolitik leiden aber die Arbeiter weit schlimmer als die ewigblinden Profiträger. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen um 5 Proz. zurückgegangen ist, so will das angeblühete des Millionenheeres der Erwerbslosen denn doch wenig sagen. Das Elend der ungeschuldenen Wirtschaftsoffer wächst ungehindert. Kein Mittel, dies Elend durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, darf unversucht bleiben. Leider ist dieser fälschliche Grundgedanke nicht Allgemeingut geworden. Die Bantzen lebenfalls wissen nichts von ihm. So wird in der Presse darüber geklagt, daß die Verhandlungen der Kassen mit den deutschen Bantzen wegen des 300-Millionenkredits nicht zum Abschluß kommen. Die Kassen sind bereit, 10 Proz. Zinsen zu zahlen (Reichsbankdiskont plus 2 Proz.); inzwischen ist der Diskontsatz auf 7 Proz. ermäßigt, während das Banknotendiskont auf 11,25 Proz. steht, weil die Kreditfrist sehr ausgedehnt ist. Unschön ist der Satz der Kassen angemessen, der Abschluß wird also wieder einmal durch das Bedürfnis der deutschen Großrentner nach mißlosem Gewinn verzögert. Wirtschafts- und Finanzministerium sollten den Herrschaften deutlich machen, daß sie die deutsche Wirtschaft, vor allem die Arbeiter, lähmen, wenn sie nicht jetzt ead ihre persönlichen Interessen denen des ganzen Volkes unterordnen.

Allerdings die Syndicat. — Der Berliner Oberbürgermeister, sicher eher alles andere denn ein Himmelsstürmer, schrieb kürzlich in einer Broschüre u. a.:

„Unsere Wirtschaft baut heute leider noch viel zu wenig dort ab, wo es am nötigsten wäre: bei den Unternehmerpersönlichkeiten und Syndicat. 5000 Privatbuntunternehmungen in Deutschland gegenüber 2500 vor dem Kriege und dies bei einer erheblich angewachsenen Beteiligung der öffentlichen Bantzeinrichtungen am Geldverkehr und tiefgestunkenem Kapitalvolumen! Keusch berichtete eine Zeitung, daß in zehn bekannten höchsten Industrieunternehmen die Zahl der Direktoren 80, der Aufsichtsratsmitglieder 74 beträgt, während 1913 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder vorhanden waren. Eine große Tageszeitung („Berliner Tageblatt“ vom 23. Januar 1926) weist darauf hin, daß das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte jetzt 3000 gegenüber 1800 Seiten im Jahre 1913 beträgt. Auch hier heißt es: abbauen! Vorkünftig scheint mir der große Konzentrationsprozess in der Wirtschaft nicht mehr auszuführen als den Versuch einer Gewinnrisikofreie. Was ernsthaft nach Besserung ausbleibt, liegt doch vor uns!

Hier fehlt tatsächlich jede Rationalisierung. Die letzten Unternehmenskonzentrationen sind lange ausgehalten worden, weil keiner der hunderte „Führer“ dem anderen weichen wollte. Schließlich hat man sie alle übernommen. So sind die neuen Konzentrations in der Schwerindustrie und der chemischen Industrie von vornherein mit den Riesengiganten und Entschädigungen für hunderte Generaldirektoren, Direktoren, Subdirektoren, Prokuristen, Aufsichtsräten um belastet; belastet mit Millionenausgaben für größtenteils parasitäre Existenzen. Solange nicht diese wahrhaft unproduktiven Schmarozger aus der

deutschen Wirtschaft entfernt sind, ist jede Hoffnung auf Besserung eitel.

Hier ist der elektrische Staubsauger einzusetzen — der deutschen Wirtschaft die Rufe rational aus dem Pelz zu ziehen.

Amerika.

(Fortsetzung.)

Die amerikanischen Gewerkschaften unterscheiden sich schließlich noch in einem weiteren Punkte sehr wesentlich von den deutschen. Auch dieser Unterschied beruht auf den amerikanischen Verhältnissen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind nämlich losgelassen nicht nur Gewerkschaften, sondern gewissermaßen auch Versicherungsvereinigungen. Es gibt in Amerika keinen staatlichen Arbeiterschutz; bestenfalls nur erste Anfänge dazu in einem mangelhaften Kinderzuschuß und einer Unfallversicherung, die nicht in allen Einzelstaaten gleichmäßig durchgeführt ist. Deshalb haben sich die Gewerkschaften dazu veranlaßt, in diese Lücke einzuspringen und eine umfassende Selbstversicherung der Arbeiter zu schaffen. Jede Gewerkschaft hat eine ausgedehnte Kranken- und Lebensversicherung neben anderen Unterstützungseinrichtungen. Diese Versicherungen stellen übrigens auch einen Kitt dar, der die amerikanischen Gewerkschaften sehr fest zusammenhält.

Die amerikanischen Bruderorganisationen benutzen ein Kampfmittel, das wir nicht kennen. Es ist der sogenannte „Union label“, die Gewerkschaftsmarke. Der Gebrauch dieser Gewerkschaftsmarke ist nur verständlich im Zusammenhang mit der vorher geschilderten Taktik des „Closed shop“. Wenn es den Gewerkschaften gelungen ist, den „Closed shop“ zu erreichen, d. h. einen Betrieb, in dem nur Organisierte zu günstigen Tarifbedingungen beschäftigt werden, dann hat der Unternehmer das Recht und die Pflicht, den in dem Betriebe hergestellten Artikel mit der Gewerkschaftsmarke zu versehen. Wenn nun irgendein Arbeiter in ein Geschäft geht und einen beliebigen Gebrauchsgegenstand kauft, dann braucht er nur darauf zu achten, ob dieser Artikel die Gewerkschaftsmarke trägt, um zu wissen, ob er in einem organisierten Betriebe mit anständigen Arbeitsbedingungen hergestellt worden ist oder nicht. Die Gewerkschaften versuchen, ihre Mitglieder durch rege Propaganda (auch der Film wird benutzt) dahin zu erziehen, daß sie keinen Gegenstand kaufen, der nicht die Gewerkschaftsmarke trägt. Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Macht des Arbeiters als Konsument mobil gemacht. Bei uns in Deutschland wird der Kampf der Arbeiter als Konsumenten losgelöst von dem als Produzenten geführt. Bei uns erheben bis zu einem gewissen Grade die Konsumentengewerkschaften, die man in Amerika nicht kennt, die dort gebräuchliche Gewerkschaftsmarke.

Wie die deutschen Gewerkschaften in dem ADGB als Spitzenorganisation zusammengefaßt sind, so die amerikanischen in der A. F. of L. Die Federation umfaßt heute annähernd 3 Millionen organisierte Arbeiter. Zu diesen 3 Millionen kommen aber noch etwa 500 000 Eisenbahner hinzu, die in den großen „Brotherhoods“ des Eisenbahnerverbänden, organisiert sind, welche sich der Federation nicht angeschlossen haben. Diese „Brotherhoods“ gehören zu den ältesten, gefestigtesten und auch reichsten Verbänden des Landes und glauben daher, die Unterstützung der Federation entbehren zu können, ohne prinzipiell Gegner derselben zu sein.

Die Federation erteilt dem einzelnen Bruderverband eine sogenannte Charter, welche nur diesen einen Verband berechtigt, Arbeiter des betreffenden Berufs zu organisieren. Der Einzelverband wiederum erteilt seinen Lokalorganisationen in den verschiedenen Städten eine Charter. Häufig kommt es auch vor, daß in diesem Orte mehrere Lokalorganisationen bestehen, die von der Zentrale je eine Charter erhalten, welche sie nur zur Organisation einer bestimmten Branche des Berufskreises berechtigt. Mit Ausnahme der Bruderverbände der Eisenbahner gelten Verträge, die keine Charter besitzen, als wirbe und werden nicht als vollwertige Gewerkschaften anerkannt.

Auch in Amerika kennt man das Schmarozgerium gelber Verbände, und zwar in der Form gelber Verbände. Große Unternehmungen versuchen oft, ihre Arbeiter durch „finanzielle Beteiligung“ an das Unternehmen zu fesseln und in Wertvereinen zusammenzuschließen, die natürlich völlig vom Unternehmer abhängig sind und die unabhängigen Gewerkschaften von dem Unternehmen fernhalten sollen.

Die grundsätzliche Einstellung der Federation kam auf dem Kongress in Atlantic City in einer Rede klar zum Ausdruck, die der Vorsitzende Green in Erwiderung auf eine Ansprache des englischen Gewerkschaftsführers Purcell hielt. Purcell forderte die amerikanischen Ge-

*) Dies ist die Abtzigung für American Federation of Labor und bedeutet Amerikanischer Gewerkschaftsbund.

